

Bernd M a r t i n

DEUTSCHE BESATZUNGSHERRSCHAFT IN POLEN 1939-1945.
ANNEXIONSPOLITIK – BEVÖLKERUNGSTRANSFER
– TERROR – VERNICHTUNG

Kein anderes Land in Europa war während des Zweiten Weltkrieges so lange von den Deutschen besetzt wie Polen – keine andere Nation hat solche Opfer an Menschen und materiellen Werten erbracht wie die polnische. Nahezu fünfzehn Jahre standen Soldaten der Wehrmacht, Spezialtruppen der SS und andere militärische Sondereinheiten auf polnischem Territorium, begleitet von einer zahllosen Schar dienstverpflichteter oder auch freiwillig zum Osteinsatz aufgebrochener ziviler Administratoren, die sich des Gewalt- und Vernichtungsapparats häufig nach Gutdünken bedienten oder auch mit ihm haderten. Die Nationalsozialisten verwandelten Polen in ein Totenhaus und brachten das polnische Volk an den Rand seiner physischen Existenz. Von den bei Kriegsbeginn im Lande beheimateten 35,1 Mio. Menschen lebten bei Kriegsende etwa 6 Mio. nicht mehr. Die überwältigende Mehrheit von ihnen waren Zivilisten und Opfer deutscher Besatzungspolitik, auch wenn die sowjetische Besatzungszeit in Ostpolen von etwa 19 Monaten ebenfalls ihre Blutspuren hinterlassen und in ethnischen Konflikten mit den Ukrainern viele Polen, etwa 100.000, ihr Leben gelassen hatten. Die deutsche Besatzungsherrschaft in Polen lässt sich bestenfalls mit einem ähnlichen Vorgehen in Serbien und ab Juni 1941 auf dem Gebiet der Sowjetunion vergleichen, entzieht sich aber der europäischen Dimension. Das besetzte Frankreich und das besetzte Polen sind im Grunde nicht vergleichbar.

Die historischen Wurzeln der nationalsozialistischen Gewaltpolitik liegen – auch wenn diese Kontinuitäten von Bismarck zu Hitler in der polnischen Geschichtsschreibung überbetont wurden – im deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikt der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts – nicht zuletzt eine Folge der gemischten germanisch-slawischen Siedlungsform in Ostmitteleuropa. Diese wiederum bildete eine Voraussetzung für die gigantischen Volkstumsplanungen („Generalplan Ost“) der SS im Bunde mit den deutschen Besatzungsbehörden zur Gestaltung des deutschen Lebensraums im Osten. Hingegen bestand im Westen des Deutschen Reiches zur romanischen Welt eine klare Sprach- und Siedlungsgrenze

(Elsaß-Lothringen als Mischform seit 1648 einmal ausgenommen). In Ostmitteleuropa lebten auf einem Streifen von über 1.000 Kilometern Breite deutsche Siedler meist auf ethnischen Inseln inmitten der slawischen Welt. Deutsche Kolonisten waren selbst an der Wolga, in Georgien und Moldawien auszumachen.

Hitler mit seiner rassenideologisch fundierten Weltanschauung ging es nicht um Danzig, für das auch aus seiner Sicht kein deutscher Soldat sterben sollte; es ging dem deutschen „Führer“ auch nicht um Polen, sondern es ging ihm ausschließlich um die deutsche Neugestaltung dieser östlichen, von deutschen Inseln durchsetzten russischen Weiten, um auf der Grundlage dieser territorialen Ostexpansion das Deutsche Reich zur Weltmacht zu erheben. Die westslawischen Randvölker Polen, Tschechen, Slowaken und Slowenen galten aus der rassenpolitischen Perspektive, aber auch aufgrund Jahrhunderte langer engster Beziehungen mit dem deutschen Kulturraum als germanisch durchsetzt bzw. langfristig eindeutschungsfähig und sollten folglich bei der großen völkischen Flurbereinigung als Mittler und Verbündete agieren. In Hitlers politischem Leitfaden *Mein Kampf* kommen Polen, auch die Nationalitätenkämpfe mit ihnen, nicht vor. Bis zum Mai 1939, als der Sicherheitsdienst erstmals mit der karteimäßigen Erfassung der polnischen Führungsschicht betraut wurde, existierten in Berlin keinerlei Planungen zu einem deutschen militärischen Vorgehen und der Besetzung des Nachbarlandes.

Im Gegenteil – das Verhältnis von Hitlers Deutschland zu Piłsudskis Polen war seit dem Freundschafts- und Nichtangriffspakt vom Januar 1934 von einer gewissen Herzlichkeit und gemeinsamen Interessenlagen gegenüber Juden und Bolschewisten bestimmt gewesen. Die nationalsozialistische Führung, vorab der Österreicher Hitler, galten aus polnischer Sicht als weit umgänglicher denn die preußisch-deutschen Politiker des Kaiserreiches oder der Weimarer Republik. Die abrupte Beendigung der revisionistisch-antipolnischen Politik der Weimarer Zeit, in der Polen gemeinhin als „Saisonstaat“ oder „Versailler Bastard“ galt, schien eine solche polnische Neueinschätzung zu bestätigen. Tatsächlich wünschte Hitler und mit ihm, auch aus machtpolitischen Erwägungen, die gesamte Führungsriege, einschließlich der Außenminister von Neurath und Ribbentrop, Polen als Verbündeten gegen die Sowjetunion zu gewinnen, sogar um den Preis des Verzichts auf die 1919 an Polen abgetretenen deutschen Ostgebiete (Westpreußen, Provinz Posen, Oberschlesien). Die Forderung nach einer Rückkehr Danzigs und exterritorialen Verkehrswegen durch den Korridor nach Ostpreußen war im Grunde so maßvoll, auch aus der Sicht westeuropäischer Politiker, dass sie ein Weimarer Politiker nie hätte vorbringen können. Eine Repressions- oder etwa sogar Vernichtungspolitik gegenüber Polen, wie gegenüber Juden und Bolschewisten, war daher von Hitler ursprünglich nicht beabsichtigt.

Das antipolnische Feindbild, in den damaligen Medien auf Geheiß von Goebbels jahrelang unterdrückt, konnte jedoch mit der Zuspitzung der europäischen Krise im Sommer 1939 ohne größere Mühen wiederbelebt werden. Nunmehr knüpfte die nationalsozialistische Propaganda nahtlos an die antipolnischen Klischees des

deutschen Ostmarkenvereins von der „polnischen Wirtschaft“ und der Minderwertigkeit der Polen sowie an die Hasstiraden der in Polen verbliebenen Volksdeutschen an, die nach Jahren der Unterdrückung auf Rache sann. Bei Hitler selbst dürfte noch das Moment der Enttäuschung oder des Gefühls, betrogen worden zu sein (ähnlich wie später in seiner harten Reaktion auf den Putsch in Belgrad 1941) hinzugekommen sein, das ihn erstmals am 22. August, in einer Ansprache vor den Spitzen der Wehrmacht, verleitete, Polen der Vernichtung preiszugeben und „brutales Vorgehen“ anzumahnen. Der für den Osten geplante völkische Vernichtungskrieg wurde nunmehr auf Polen ausgeweitet, das Land zum Experimentierfeld des trotz der Vereinbarung mit Stalin weiterhin anvisierten großgermanischen Lebensraumkrieges. Mit dem Tag des deutschen Überfalls auf Polen wurde das alles vorweggenommen, was dann ab dem 22. Juni 1941 für den Russlandkrieg im größeren Maßstab symptomatisch wurde: Terror gegenüber einer als minderwertig angesehenen einheimischen Bevölkerung, konsequente Vernichtung der politischen Führung des Landes, Ausrottung der „jüdischen Volksschädlinge“ und materielle Ausplünderung des Landes.

Bei dem bevorstehenden Feldzug in Polen sollte die vollziehende Gewalt, d.h. die ungeteilte Herrschaft, beim Heer liegen. Doch der Einsatz von sechs Sonderkommandos, der bezeichnenderweise als „Unternehmen Tannenberg“ firmierte, deutete auf ein duales Vorgehen hin, den Gegner militärisch zu schlagen und die Träger des nationalen Gedankens sowie die Juden zu „exterminieren“. Schon der Sieg sollte – wie einst die Schlacht von Tannenberg im August 1914 – überwältigend sein und jede Form weiteren Widerstehens vereiteln. Obwohl während der Kampagne in Polen die Haager Landkriegsordnung – ganz im Gegensatz zum späteren Unternehmen Barbarossa – auch für die Wehrmacht galt, setzten sich Heer und Luftwaffe teilweise über diese Bestimmungen hinweg und, wenn sie ihn nicht selbst führten, ermunterten zum rassenideologischen Vernichtungskrieg. Entgegen den völkerrechtlichen Normen wurden noch während der Kampfhandlungen polnische Kriegsgefangene, etwa 1.000, und etwa 1.200 vermeintliche Partisanen ohne entsprechende kriegsgerichtliche Verfahren erschossen. Die deutsche Luftwaffe bombardierte mit beispielloser Brutalität vom ersten Tag des Krieges Wohnbezirke in den Städten, vor allem in Warschau. Da mit den militärischen Dienststellen zivile, meist von der Partei bemannte Dienststellen und der SS unterstellte Sicherheitskräfte einzogen, entstand das wohl beabsichtigte Chaos in der Verwaltung, das Willkürakten Tür und Tor öffnete.

Radikale Befehle Himmlers, polnische Aufständische und Partisanen zu erschließen, waren bereits vor Bekanntwerden der Vorgänge in Bromberg ergangen. Der „Bromberger Blutsonntag“, die Erschießung von Volksdeutschen durch zurückflutende polnische Truppeneinheiten, diente nur zur Legitimation der harten deutschen, längst geplanten und schon praktizierten Besatzungspolitik. An den damals amtlich vom Auswärtigen Amt ermittelten insgesamt 5.400 ermordeten Volksdeutschen, heutige Schätzungen sprechen von maximal 3.841 Personen,

machte die Goebbels-Propaganda 58.000 und zog das Weißbuch der Diplomaten kurzerhand aus dem Verkehr. Mit der propagandistischen Verhetzung der Truppe und der deutschen Minderheit eskalierte der Terror weiter. Der „volksdeutsche Selbstschutz“ ging gegen sog. „polnische Verräter“ schonungslos vor. Vor allem in den ehemals ethnisch gemischten Gebieten Westpreußens tobten sich die niederen Instinkte der zwei Jahrzehnte gedemütigten Volksdeutschen an ihren polnischen Nachbarn aus und diskreditierten von Kriegsbeginn alle in Polen lebenden Deutschen als Speerspitze und Handlanger des deutschen Terrorapparates. Allein im neu gegründeten Reichgau Danzig-Westpreußen wurden im ersten halben Jahr der Besetzung etwa 60.000 Polen von diesen Sonderformationen, häufig mit Unterstützung der SS oder flankierenden Hilfeleistungen der Wehrmacht ermordet. Wohl beklagte sich Generaloberst Blaskowitz, Kommandeur der 8. Armee, persönlich bei Hitler über die Exzesse der Sondereinheiten, doch eine Änderung der Besatzungspolitik nach dem Ende der Kampfhandlungen war nicht zu erwarten.

Im Gegenteil, die Vorbehalte der Militärs gegen diese Form der Inbesitznahme eines Landes bestärkten Hitler in seiner Auffassung, dass die Wehrmacht für diese neuartigen Aufgaben zu „weich“ sei und die militärische durch eine zivile Verwaltung abgelöst werden müsse. Am 25. Oktober 1939 fand die Militärherrschaft ihr Ende. Die Bilanz der ersten 8 Wochen deutscher Herrschaft in Polen schloss mit ca. 20.000 Toten, darunter die ersten Opfer der Euthanasie-Aktion und von Juden-Pogromen. Die Wehrmacht, deren Truppen im besetzten Polen in reduzierter Form stationiert blieben, wurde fortan zum stillen Zuschauer einer willkürlichen Besatzungspolitik, deren Folgen, die wachsende Zahl von Aufständischen, sie im letzten Kriegsjahr, vor allem beim Warschauer Aufstand 1944, zu spüren bekam. Die Wehrmacht hatte sich in Polen bereits Ende 1939 ihres tradierten preußischen Ehrencodexes begeben und zum Handlanger eines Rassenkrieges degradieren lassen. Die als glanzvoll empfundene Kampagne in Frankreich im Frühsommer 1940 ließ diesen Makel schnell wieder vergessen. Der Schild der Wehrmacht war nach dem Sieg über Frankreich unbefleckt – das deutsche Vorgehen in Polen längst aus dem Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt.

Unmittelbar nach der Flucht der polnischen Regierung nach Rumänien, wo sie interniert wurde, und der Kapitulation der Masse der polnischen Verbände, war in Berlin noch keine Entscheidung über das weitere Schicksal des polnischen Staates getroffen. Hitler wollte sich die Option eines polnischen Reststaates, etwa in der Größe eines verkleinerten Kongress-Polens, offen lassen, um über dieses Pfand Polen wieder mit den Engländern ins Gespräch zu kommen. Als jedoch die britische Seite alle Friedenssondierungen brüsk zurückwies, entschied Hitler am 8. Oktober 1939 das eroberte polnische Gebiet neu aufzuteilen, von einer Wiederherstellung Polens auch mit Rücksicht auf die im Osten des Landes stehenden Sowjets abzusehen und sich endgültig zur Zerstörung von Staat und Volk zu bekennen: „Harter Volkstumskampf gestattet keine gesetzlichen Bindungen“ (17. Oktober 1939). Am 8. Oktober wurde die neue territoriale Gliederung Polens befohlen, einen

Tag zuvor hatte Hitler gewissermaßen als Garanten einer radikalen völkischen Politik Himmler zum „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ ernannt. Fortan beherrschte die SS neben dem Sicherheitsapparat auch noch die gesamte Bevölkerungspolitik.

Das in deutscher Hand befindliche Polen wurde prinzipiell geteilt. Die westlichen Gebiete wurden völkerrechtlich vom Reich annektiert (im Falle von Elsaß-Lothringen kam es später zu einer *de facto* Annexion, aber keiner staatsrechtlichen). Das östliche kernpolnische Gebiet zwischen Warschau und Krakau erhielt den Status eines dem Reich lose angegliederten Territoriums. Euphemistisch in Erinnerung an die (relativ positiv zu bewertende) deutsche Besatzungspolitik im Ersten Weltkrieg „Generalgouvernement“ genannt, handelte es sich in Wirklichkeit um eine Art deutsche Kolonie. Im Westen Polens wurden zwei neue Reichsgaue, Danzig-Westpreußen unter der Führung von Albert Forster und Wartheland unter Arthur Greiser an der Spitze gebildet. Oberschlesien wurde an Schlesien angegliedert. Die beiden neuen Unterführer verband ihre Doppelfunktion, sowohl Reichsstatthalter als auch Gauleiter in einer Person zu sein. Was in Ostpreußen unter dem dort selbstherrlich waltenden Gauleiter Erich Koch schon seit 1933 erfolgreich praktiziert wurde, die Vermischung von Partei- und Regierungsämtern, das wurde nunmehr auf die beiden neuen Reichsgaue übertragen. Verwaltungs- und Parteiämter waren nicht nur an der Spitze, sondern auch auf den unteren Ebenen in einer Hand. Funktionäre der Partei und SS-Ränge hatten somit direkten Zugriff auf die Bevölkerung und prägten das Bild von der deutschen Besatzungsmacht ganz wesentlich.

Die territoriale Annexion hatte sich keinesfalls mit der Wiederherstellung der alten deutschen Ostgrenze von 1914 zufrieden gegeben, sondern bis über 200 Kilometer darüber hinaus gegriffen. Ostpreußen wurde um Neu-Südostpreußen, das schon einmal von 1795 bis 1807 preußisch regiert war, erweitert (Regierungsbezirk Zichenau) und erhielt 1941 noch den Bezirk Bialystok zugeschlagen, Gebiete, in denen es nicht einmal eine nennenswerte volkdeutsche Minderheit gab. Doch das Territorium des ehrgeizigen Unterführers Koch hatte sich enorm vergrößert. Die annektierten Agrargebiete sollten die Versorgung des längerfristig zu industrialisierenden alten Ostpreußens dienen und bekamen damit die gleiche Funktion zugewiesen wie das Generalgouvernement gegenüber dem Reich. Hingegen sollten die beiden neuen Gaue zu Mustergauen umgestaltet werden, in denen die Landwirtschaft zwar Priorität haben sollte, aber auch die alten polnischen Industriestandorte wie z.B. Lodz (Litzmannstadt) in Musterstätten deutscher handwerklicher Tüchtigkeit überführt werden. Insgesamt kamen mit den annektierten Gebieten etwa 10 Mio. Einwohner unter deutsche Herrschaft. Von ihnen lässt sich etwa eine halbe Mio. als Deutsche bezeichnen. Da die annektierten Gebiete im Grunde polnisch besiedelt waren, blieb zur besseren Kontrolle die alte Reichsgrenze als Polizeigrenze bestehen. Die Zoll- und Währungsschranke wurde hingegen an der neuen, nur schlecht kontrollierbaren Demarkationslinie zum Generalgouvernement installiert.

Die beiden neuen Reichsgaue gehörten wie die Ostpreußen zugeschlagenen Gebiete und Oberschlesien fortan zum deutschen Wirtschaftsraum. Doch die neuen Grenzen waren weitgehend offen und ermöglichten illegale Übertritte wie einen großangelegten Schmuggel, der weitgehend in deutschen Händen liegen sollte.

Ursprünglich sollte die Masse der polnischen Bevölkerung aus den neuen Reichsterritorien in das Generalgouvernement zwangsumgesiedelt werden. Die beiden Mustergaue sollten Platz für deutsche Neusiedler, aus dem Kriege heimgekehrte Wehrbauern und nicht zuletzt für die im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes aus der Sowjetunion ausgesiedelten Volksdeutschen bieten. Nach wilden Austreibungen auf dem Lande in Westpreußen fand die erste Massendepotatation bereits Anfang Dezember 1939 statt. Knapp 90.000 Polen und Juden wurden unter Hinterlassung ihrer gesamten Habe nach Osten deportiert, wo man für die Aufnahme nicht vorbereitet war. Insgesamt wurden bis zum Beginn des Russlandfeldzuges 365.000 Einwohner der eingegliederten Gebiete in das Generalgouvernement abgeschoben. Viele von ihnen kehrten über die grüne Grenze wieder zurück oder wurden Opfer deutscher Razzien und fanden sich als Zwangsarbeiter im Altreich wieder. Da weitere Umsiedlungsaktionen großen Stils an den Transportkapazitäten der Reichsbahn und am energischen Einspruch von Hans Frank, dem Generalgouverneur, scheiterten, sollte die Eindeutschung der Gebiete durch innere Umsiedlungen und Aufnahme des „rassisch wertvollen Teils“ der Polen in die deutsche Gemeinschaft gefördert werden. Die landwirtschaftlich ertragreichen Gebiete sollten langfristig in deutsche Hände gelangen und die polnischen Bauern, sofern sie nicht als Landarbeiter auf ihrem ehemaligen Besitz verblieben, in sog. „fremdvölkischen Reservaten“, mit schlechten Böden zusammengefasst werden.

Über die bereits im Oktober 1939 eingeführten deutschen Volkslisten sollten polnische Staatsbürger deutscher Abstammung erfasst und „in den deutschen Volksstamm eingegliedert“ werden. Insgesamt waren vier Kategorien vorgesehen, von denen die erste und zweite Gruppe im wesentlichen die Volksdeutschen umfasste. Gruppe drei war für deutschstämmige Polen, d.h. solche mit deutschen Vorfahren, vorgesehen. Die letzte Gruppe 4 war für Renegaten gedacht, die sich als ehemals Deutschstämmige zum Polentum bekannt hatten. Die deutsche Volksliste wurde entsprechend den örtlichen Gegebenheiten sehr unterschiedlich gehandhabt. Diente sie in Westpreußen und in Oberschlesien der Integration gemischter Ethnien wie der Slonsaken und Kaschuben, in das Deutschtum, so wurde die Liste im Warthegau, nicht zuletzt auf Anordnung des dortigen Gauleiters, dazu benutzt, die Polen klar von den Deutschen zu trennen. Daher wurden nur Personen für die beiden oberen Kategorien erfasst und auf Eindeutschung von Polen verzichtet.

Ob diese „völkische Flurbereinigung“, wie es damals offiziell hieß, aus wirtschaftlichen Zwängen erfolgte oder rein ideologisch motiviert war, diese Frage ist nach wie vor umstritten, wohl aber auch in dieser Ausschließbarkeit nicht zu beantworten. Bevölkerungspolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen griffen gerade im Warthegau Hand in Hand, um die polnische Bevölkerung zu mar-

ginalisieren und die jüdischen Einwohner zu vernichten. Die polnischen Industriebetriebe, die Bergwerke Oberschlesiens und die Textilbranche in Lodz, wurden enteignet, in eine Treuhandstelle überführt und sogleich in die deutsche Kriegswirtschaft einbezogen. Die Haupttreuhandstelle Ost hatte bis Ende 1941 38.000 Industrie- und Handwerksbetriebe sowie 214.000 Immobilien erfasst. Auch in der Landwirtschaft wurden im gleichen Zeitraum 897.000 Bauernhöfe mit einer Nutzungsfläche von 8,1 Mio. ha enteignet und deutschen Neusiedlern, häufig Volksdeutschen aus dem Baltikum, und den politisch aktiven Volksdeutschen überantwortet. Polnische Einzelhandelsgeschäfte und Kleingewerbebetriebe wurden, wenn nicht in deutsches Eigentum überführt, geschlossen. Auch diese Maßnahme trug zur Ausgrenzung der einheimischen Bevölkerung aus dem Wirtschaftskreislauf bei. Den Polen blieb häufig nur übrig, mit Hilfe von Selbstversorgung und Tauschhandel ihr Existenzminimum zu sichern.

Noch eine Stufe radikaler war das Vorgehen gegen die Juden, die in Gettos überführt, völlig entrechtet und ihres gesamten Besitzes beraubt waren. Sie wurden unter unmenschlichen Bedingungen zu Zwangsarbeit für deutsche Betriebe und die neue deutsche Zivilverwaltung gedungen. Ihre Erfassung war meist mit Hilfe ortsansässiger Volksdeutscher, aber auch unter Mitarbeit der einheimischen polnischen Bevölkerung erfolgt. Die Ausgrenzung, Zwangsettoisierung und schließlich Deportation zur Vernichtung vollzog sich – im Gegensatz zum Altreich und Westeuropa – vor aller Augen, meist mit tatkräftiger Unterstützung aller, Deutscher wie Polen. Die Anfänge der „Endlösung“ lassen sich daher auch im „Mustergau Wartheland“ festmachen, da die deutsche Zivilverwaltung unter Gauleiter Greiser alles daran setzte, dem „Führer“ das Gebiet als erstes „judenfreies“ Territorium zu melden. Mit der Konzentration der Juden – insgesamt waren es im Warthegau 400.000 Personen – in großstädtischen Gettos, hier vorab Lodz, setzte der Vernichtungsprozess ein. Da eine geordnete Versorgung der Gettoinsassen nicht möglich und auch gar nicht erwünscht war, wurde das erste Vernichtungslager in Kulmhof (Chełmno) bei Lodz errichtet. Dort wurden ab dem 8. Dezember 1941 planmäßig nicht arbeitsfähige Juden, Kinder und Alte, vernichtet. Insgesamt wurden im Reichsgau Wartheland 380.000 Juden ermordet. Ein kleiner Rest überlebte in Verstecken oder als Spezialisten in Rüstungsbetrieben der Wehrmacht.

Das relativ engmaschige Netz der deutschen Verwaltung (eine polnische existierte auch auf unterster Ebene nicht mehr) sowie die starke Präsenz deutscher Sicherheitskräfte sorgten dafür, dass es in den annektierten Gebieten ruhig blieb. Polnischer Widerstand vermochte sich bestenfalls lokal, wie in einigen Teilen Neu-Südostpreußens, zu formieren. Die Terroraktionen des deutschen Selbstschutzes zu Beginn der Besetzung hatten die Bevölkerung eingeschüchtert.

Auch stärkte der Zustrom deutscher Verwaltungsbeamten, von Parteileuten und vieler Glücksritter in die Städte und der deutschen Neusiedler auf dem Land das deutsche Element wesentlich. Die Gauhauptstadt Posen wurde zumindest äußerlich wieder deutsch und durch gezielte Fördermaßnahmen, wie den Umbau des

Kaiserschlosses zur Residenz Hitlers und des Gauleiters, zum urbanen Vorposten des Deutschtums im Osten. Die Eröffnung der Reichsuniversität Posen im April 1941, deren Zentralgebäude zum Ensemble der Schlossanlage zählten, diente ebenfalls der kulturellen Anhebung des Warthelands. Die neue Hochschule, an die nur Parteigenossen berufen wurden, hatte ihren Schwerpunkt in Agrarwissenschaften und sollte mithelfen, die Kornkammer des Reiches weiter zu stabilisieren. Als Studierende wurden nur beurlaubte Angehörige der Wehrmacht und Volksdeutsche zugelassen.

Das gesamte höhere Bildungswesen der Polen hingegen wurde zerstört, polnische Kinder sollten lediglich in einer fünfklassigen Volksschule elementares Wissen erwerben, um gute Arbeitskräfte für die deutsche Oberschicht abzugeben. Auch die Zerschlagung der katholischen Kirche im Warthegau diente dem erklärten Ziel, das polnische Nationalgefühl zu untergraben. In der Kirchenpolitik wurde der Gau zum Modell für das nach dem Endsieg geplante Verhältnis von Staat und Kirche. Selbst die evangelische Kirche (der Volksdeutschen) wurde wie natürlich die katholische auf den Status einer privaten Vereinigung herabgedrückt. Polnische Priester wurden systematisch verfolgt und entweder gleich an Ort und Stelle wegen sog. subversiver Tätigkeit erschossen oder in das Konzentrationslager Dachau überführt. Die Listen der Geistlichen, die den Märtyrertod starben, sind lang – im Bistum Kulm waren es die Hälfte – und verschafften der katholischen Kirche in Polen nach Kriegsende eine starke moralische Stellung.

Im weiter östlich gelegenen Generalgouvernement war die deutsche Besatzungspolitik in ihren Grundzügen ähnlich wie in den annektierten Gebieten, jedoch weitaus radikaler und teilweise auch anderen Zielsetzungen verpflichtet. Die Chancen zum Überleben im eigenen Land waren daher für Polen in den beiden neuen Reichsgauen oder etwa in Oberschlesien weitaus größer, als in dem Chaos von Terror, Verfolgung und wirtschaftlicher Ausplünderung im Generalgouvernement. Der aktive Teil der Bevölkerung, vor allem junge Erwachsene, wurde durch die deutsche Besatzungspolitik geradezu in den Widerstand bzw. den polnischen Untergrund getrieben. Im Generalgouvernement waren die Fronten zwischen der deutschen Herrschaft und dem polnischen Sklavenvolk klarer herausgebildet und auch erkennbarer als in den eingegliederten polnischen Gebieten.

Entsprechend den Vorstellungen Hitlers sollte das Generalgouvernement als Auffangbecken für alle aus dem Reich zu entfernenden Juden und „Polacken“ dienen. Als eine Art Reichsnebenland sollte dieses Gebiet keine substantielle Förderung erfahren, sondern sich selbst versorgen und die nicht benötigten Arbeitskräfte in das Reich abführen. Das Lebensniveau wollte Hitler betont niedrig halten, eine nationale Zellbildung verhindern und auf geordnete Verhältnisse verzichten. „Die polnische Wirtschaft muss zur Blüte kommen“ betonte Hitler und bediente sich mit dieser Formulierung des ältesten antipolnischen Klischees in (Preußen)Deutschland.

Das Territorium des Generalgouvernements umfasste etwa ein Viertel des ehemaligen polnischen Staates mit gut 12 Mio. Einwohnern. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion wurde es um den Distrikt Galizien nochmals vergrößert. Doch die ehemals russisch besetzten polnischen Ostgebiete wurden dem neuen Reichskommissariat Ukraine zugeschlagen, das in Personalunion von Gauleiter Koch verwaltet wurde. Dieser schaltete und waltete fortan selbstherrlich über ein geschlossenes Territorium von Königsberg bis Kiew. Die dortige deutsche Besatzungspolitik zielte auf radikale Diskriminierung der „slawischen Untermenschen“ und war somit nochmals um einige Grade radikaler als die im Generalgouvernement.

Die Bevölkerung in dem zentral-polnischen Gebiet mit den Städten Warschau-Lublin-Radom-Krakau setzte sich zu 80% aus Polen zusammen. Der jüdische Anteil mit 12% war vergleichsweise hoch, hinzu kamen Ukrainer und einige Weißrussen. Deutsche oder deutschstämmige Siedler stellten mit insgesamt 100.000 Personen eine verschwindend kleine Minderheit von weniger als einem Prozent der Gesamtbevölkerung dar. Eine zielgerichtete Germanisierung ließ sich mit diesen wenigen Deutschen, sofern kein Zuzug zu erwarten war, kaum durchführen und war daher anfangs auch nicht vorgesehen.

Zum Generalgouverneur wurde der Kronjurist der Partei, Hans Frank, bestellt und Hitler direkt unterstellt. Frank hatte auf akademischen Vortragsreisen Vorkriegspolen kennen gelernt und war wohl der einzige unter den „alten Kämpfern“ und treuesten Hitleranhängern, der über einschlägige Erfahrungen in diesem Land verfügte. Der neue Machthaber zog mit seinem Stab in die Königsresidenz auf dem Wawel in Krakau und demonstrierte mit diesem Schritt seine despotische Allgewalt. Die deutsche Zivilverwaltung, die über die Ebene der Bezirke bis zur Kreisebene hinunter reichte, war ihm direkt unterstellt. Die Berliner Reichsbehörden hatten anders als im Wartheland keinerlei Mitsprache oder gar Einspruchsrecht. Auf unterster Ebene wurde aus Mangel an deutschem Fachpersonal eine polnische Selbstverwaltung zugelassen. Doch die Dorfschulzen, Landvögte und Bürgermeister der kleinen Städte gerieten bald zwischen die Fronten des deutschen Machtapparates und der wachsenden polnischen Widerstandsbewegung, so dass sich kaum noch Einheimische für diese Aufgabe fanden.

Der SS- und Polizeiapparat, der für die Durchsetzung des deutschen Machtanspruches immer wichtiger wurde, unterstand Himmler gleich in doppelter Funktion, nämlich als Sicherheitschef und als Verantwortlichem für die Volkstumspolitik. Konflikte waren bei diesem Nebeneinander von ziviler und sicherheitspolitischer Führung unvermeidlich, zumal sich dem Reichsführer SS im Generalgouvernement ein volkstumspolitisches Experimentierfeld eröffnete, das sich den Reichsbehörden entzog. Die in diesem Gebiet gemachten Erfahrungen bei Um- und Aufsiedlungen sowie in der Vernichtungspolitik gegenüber den Juden sollten auf den in der Sowjetunion zu erobernden germanischen Großraum übertragen werden. Im Generalplan Ost, im Juni 1942, erfuhren

diese weitreichenden Planungen ihren Abschluss. Insgesamt sollten nunmehr etwa 30 Mio. Westslawen in die unwirtlichen russischen Regionen hinter den Ural umgesiedelt, d.h. *de facto* weitgehend in den Tod getrieben werden. Auch die Polen sollten in ihrer Masse bis auf einen Rest unentbehrlicher Arbeitssklaven aus ihrem angestammten Territorium umgesiedelt werden. Die Ängste vieler Einheimischer, nach der Vernichtung der Juden, nun auch an die Reihe zu kommen und Opfer des deutschen Rassenwahnes zu werden, hatten durchaus ihre Berechtigung, ohne dass diese deutschen Pläne bekannt gewesen wären.

Die ursprünglich von Hitler vorgegebene Politik, „Polen (d.h. das Generalgouvernement) solle wie eine Kolonie behandelt werden, die Polen werden die Sklaven des Großdeutschen Reiches werden“, wurde entsprechend den gesteigerten Kriegsanforderungen und wegen Himmlers volkstumpolitischen Plänen revidiert und geriet damit immer tiefer in ein offenes Dilemma. Die ursprüngliche wirtschaftliche Ausplünderung wurde bereits 1940 gestoppt und die Produktionskapazitäten des Generalgouvernements Zug um Zug in die deutsche Kriegswirtschaft integriert. Doch mit Einheimischen, die wie Sklaven behandelt wurden und jederzeit einer Zwangsdeportation in das Reich als Arbeitskräfte oder einer Zwangsumsiedlung als Bauern gewärtig sein mussten, ließen sich kaum Produktionssteigerungen erzielen. Setzte der Repressionsapparat zunehmend auf offenen Terror, so erkannte der Generalgouverneur die verheerenden Folgen der deutschen Besatzungspolitik rasch und strebte grundsätzliche Änderungen an. Doch konnte Frank sich weder in seinem eigenen Herrschaftsbereich noch in Berlin mit seinen Plänen durchsetzen, die Polen besser zu behandeln und – wie die Franzosen – für die deutsche Sache eines „Neuen Europas“ zu gewinnen. Zwar wurden 1944, als die Rote Armee längst die alte polnische Ostgrenze überschritten hatte, einige Modifikationen in der Polenpolitik vorgenommen – die Beschwörung der bolschewistischen Gefahr dürfte dabei mehr bewirkt haben als deutsche Versprechen – doch grundsätzlich sollte sich an der deutschen Haltung gegenüber den Polen bis Kriegsende nichts ändern.

Ursprünglich waren die deutschen Sicherheitskräfte zurückhaltend vorgegangen und hatten sich auf die Ausschaltung der polnischen intellektuellen Elite beschränkt, wie bei der Verhaftung der Krakauer Professoren, die jedoch nach internationalen Protesten sogar wieder frei gelassen werden mussten. Bis Ende des Jahres 1939 war die Zahl der im Generalgouvernement von deutscher Seite ermordeten Polen mit 5.000 Personen beträchtlich niedriger als die entsprechenden Opferzahlen in den annektierten Gebieten. Im Schatten des deutschen Sieges über Frankreich und in Verfolgung von Himmlers Volkstumspolitik kam es dann zu ersten Befriedungsaktionen. Himmler befahl die vorsorgliche Verhaftung von 20.000 „gefährlichen“ Polen und ihre Einweisung in Konzentrationslager. Der Umbau der Auschwitz Kasernen in ein solches Lager erfolgte bereits 1940. Razzien in Großstädten und öffentliche Massenhinrichtungen gehörten bald zum alltäglichen Erscheinungsbild auch im Generalgouvernement. Insgesamt wurden während des Krieges für den Arbeitseinsatz im Reich 2,8 Mio. Polen gedungen. Einige Tausende waren anfangs

noch freiwillig gekommen, die Masse wurde jedoch dienstverpflichtet und als auch diese Maßnahmen nicht mehr griffen, oftmals auf den Straßen der Städte eingefangen. Besonders beliebt wurden zunehmend Strafexpeditionen in den ländlichen Raum, bei denen die Dörfer geplündert, die Häuser angezündet wurden und oftmals die gesamte Bevölkerung erschossen wurde. Auf mehr als 500 solcher Strafexpeditionen mit insgesamt 11.500 Opfern laufen die Schätzungen hinaus. Massaker im Ausmaß von Oradour sur Glane fanden im Generalgouvernement in den letzten beiden Kriegsjahren fast täglich statt.

Entsprechend den Vorgaben des Generalplans Ost wurde in der Gegend von Zamość, südlich von Lublin, ab November 1942 ein deutsches Großsiedlungsprojekt in Angriff genommen. Ein Streifen deutsch besiedelter Dörfer sollte, so die Vorstellungen der SS-Planer, als Landbrücke zwischen dem (deutschen) Baltikum und den Siebenbürger Sachsen dienen. Aus über 300 polnischen Dörfern wurden etwa 110.000 Polen vertrieben. Damit nicht genug, die Einwohner wurden nach rassischen Kriterien erfasst und dabei in der Regel Familien auseinandergerissen. Eindeutschungsfähige Kleinkinder wurden von der SS dem Lebensborn überstellt und zur Adoption in Deutschland freigegeben. Rassistisch „unerwünschte Elemente“ wurden in Konzentrationslager eingewiesen, das Gros der arbeitsfähigen jungen Männer ins Reich zur Zwangsarbeit beordert; Frauen, Kinder und Alte in sog. Rentendörfern abgeschoben. Die im Zuge dieser Maßnahmen erfolgte Umsiedlung von Ukrainern in von Polen geräumte Dörfer brachte die Spannungen zwischen beiden Nationalitäten zum Sieden. Da die Ukrainer als Verbündete der Deutschen galten und polizeiliche Funktionen im Generalgouvernement übernommen hatten, waren sie den Polen besonders verhasst. Die deutsche Seite spielte den polnisch-ukrainischen Gegensatz hoch, um eigene Sicherheitskräfte zu sparen und begünstigte die 1943 angelaufene ethnische Säuberung der Ukraine von polnischen Siedlern. Dabei flüchteten 300.000 Polen in das Generalgouvernement und etwa 100.000 fanden den Tod. Der polnische Widerstand bekam daher reichlich Zulauf, so dass die Aktion Zamość schließlich wegen der Gefährdung des Hinterlandes der immer näher rückenden Front im Mai 1943 auf Anordnung Himmlers „bis auf weiteres“ eingestellt wurde.

Den Höhepunkt deutscher Terrormaßnahmen gegenüber Polen und gleichzeitig tiefster Punkt in dem deutsch-polnischen Verhältnis stellte der Warschauer Aufstand, 1944, die Erhebung der Heimatarmee, dar. Die Hauptstadt sollte, analog zu 1918, dem Ende des Weltkrieges, sich von der deutschen Besatzung selbst befreien. Als sich sowjetische Panzerspitzen der Weichsel näherten, wurde die Aktion „Burza“ (Sturm) in Absprache mit der Londoner Exilregierung ausgelöst. Der Aufstand richtete sich wohl militärisch gegen die deutsche Besatzungsmacht, indes politisch gegen die Sowjetunion, hatte diese doch mit der Installierung einer kommunistischen Gegenregierung (Lubliner Komitee) begonnen. Hitler und Stalin arbeiteten einander mit der Vernichtung Warschaus und der potentiellen politischen Führungsschicht ein letztes Mal in die Hände. Die Rote Armee sah vom anderen

Ufer der Weichsel zu, wie der Aufstand von deutscher Seite mit großer Brutalität niedergeschlagen wurde, verzögerte alliierte Hilfsaktionen für die Aufständischen und torpedierte durch von vornherein zum Scheitern verurteilte Entsatzversuche polnischer Truppenkontingente die angelaufenen Kapitulationsverhandlungen. Diese „vierte Teilung“ Polens endete mit der Vernichtung von etwa 150.000-180.000 Menschen, der Deportation der Kombattanten und der überlebenden arbeitsfähigen Bevölkerung in das Reich. Warschau war eine unbewohnte Ruinenstadt, auf deren Trümmern sich die neue kommunistische Herrschaft umso leichter errichten ließ.

Die Hauptstadt des Landes steht beispiellos für die Verluste der polnischen Zivilbevölkerung und den Grad der Zerstörung des Landes. Schon 1939 hatten bei Luftangriffen ca. 20.000 Einwohner den Tod gefunden, 32.000 wurden in offenen oder geheimen Exekutionen erschossen, 45.000 starben in Konzentrationslagern. Im Aufstand wurden nochmals etwa 40.000 Warschauer in Massenerschießungen erschossen (die vielen kleinen Gedenkstätten erinnern bis heute an diese Orte), 16.000 Aufständische fielen und über Hunderttausend kamen durch die Kampfeinwirkungen, Artilleriebeschuss und Luftbombardements, ums Leben. Überdies wurden 310.000 Warschauer Juden im Konzentrationslager Treblinka vernichtet. Allein die Zahl der getöteten Einwohner Warschaus übersteigt die Zahl aller französischen Opfer während des Zweiten Weltkrieges um ein beträchtliches.

Angesichts dieser grauenvollen Dimension deutschen Terrors stellen sich abschließend zwei Fragen, die nach den Tätern und die nach dem Verlauf des Aussöhnungsprozesses zwischen Deutschen und Polen nach 1945. Auch wenn die Wehrmacht an vielen dieser Verbrechen beteiligt war oder die notwendigen Voraussetzungen geschaffen hatte, war sie in Polen nicht der hauptverantwortliche Träger des Weltanschauungskrieges. Dies waren eher die deutschen Polizei- und Sicherheitsverbände der SS und die zivilen Verwaltungsbeamten, die sich alle nicht immer aus ganz gewöhnlichen Männern rekrutierten. In den Osten ging auch zur Zeit der größten militärischen Siege der deutschen Wehrmacht nur, wer anderweitig kein Auskommen fand oder wegen Verfehlungen abkömmlich war oder sich dem Fronteinsatz entziehen wollte. Der deutsche Verwaltungs- und Sicherheitsapparat war daher mit Kleinkriminellen und Schiefern durchsetzt, die in großem Maße eine Besatzungspolitik persönlicher Bereicherung betrieben. Den Vortrupp stellten die Volksdeutschen, die Ortskenntnisse besaßen und ohne deren aktive Mithilfe (Sprachkenntnisse) der Repressionsapparat nicht hätte funktionieren können. Das Sozialprofil der deutschen Besatzungsbehörden in Polen unterschied sich daher grundlegend von dem der in Westeuropa eingesetzten deutschen Kräften.

Vom deutschen Einmarsch am 1. September 1939 bis zum Rückzug der Wehrmacht vom polnischen Staatsgebiet im Januar 1945 waren die Fronten zwischen Tätern und Opfern klar. Eine nennenswerte Kollaboration fand nicht statt, da das deutsche „Herrenvolk“ an einer solchen Zusammenarbeit mit weit unter ihm stehenden Slawen nicht interessiert war und gar nicht erst entsprechende Angebote unterbreitete. Hingegen war die Situation in Frankreich zumindest bis zur alliierten

Landung in der Normandie völlig verschieden. Die deutsche Seite wünschte eine Zusammenarbeit mit den Franzosen, wenngleich unter bestimmten Bedingungen, und stieß mit ihrem Anliegen zumindest in den ersten Kriegsjahren, auch im Elsaß, auf nicht unerhebliche Zustimmung. Die Fronten zwischen Tätern und französischen Opfern verwischten sich in einer Grauzone von Kollaboration, Opportunismus und Sich-Arrangieren. Der deutsch-französische Aussöhnungsprozess gestaltete sich daher schwieriger und langwieriger als die in erstaunlich kurzer Zeit gelungene deutsch-polnische Annäherung. Denn erst seit der deutschen Vereinigung und dem Zusammenbruch des Kommunismus konnte der Aussöhnungsgedanke auch im Osten greifen. Die deutsch-französische Verständigung, inzwischen in eine Form von Freundschaft überführt, war Vorreiter und auch immer das Modell für die entsprechende Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen – beide sind indes die Voraussetzung für ein geeintes Europa.

LITERATURHINWEISE

Jüngste Publikationen zur deutschen Besatzungsherrschaft in Polen im Zweiten Weltkrieg sind die drei folgenden, gemeinsam von deutschen und polnischen Historikern erstellten Sammelwerke: *Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armija Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg*, hrsg. v. B. Chiari, München 2003; *Deutsch-polnische Beziehungen 1939-1945-1949. Eine Einführung*, hrsg. v. W. Borodziej, K. Ziemer, 5. Aufl., Osnabrück 2000; *Der Warschauer Aufstand 1944*, hrsg. v. B. Martin, S. Lewandowska, Warszawa 1999 (polnische Ausgabe: *Powstanie Warszawskie 1944*, Warszawa 1999).

Ferner verdient der Aufsatz von Eugeniusz Cezary Król, *Besatzungsherrschaft in Polen im Ersten und im Zweiten Weltkrieg. Charakteristik und Wahrnehmung*, in: *Erster Weltkrieg/Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich*, hrsg. v. B. Thoß, H.-E. Volkmann, Paderborn 2002, Beachtung.

Von älteren Darstellungen sei auf die „Klassiker“ verwiesen: M. Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1963 sowie Cz. Madajczyk, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen*, Berlin 1987.

Alle Zahlenangaben im obigen Aufsatz wurden den ziemlich identischen Abhandlungen von Hans-Jürgen Bömelburg in den Sammelbänden von B. Chiari und W. Borodziej, K. Ziemer entnommen.

Weitere Aufsätze des Autors zum Umfeld des Themas: *Widziane z niemieckiej strony* [Eine Sichtweise – des Warschauer Aufstandes – von deutscher Seite], „Gazeta Wyborcza“, 1. August 1999; *Barrieren – Brücken- Barrikaden. Historische Perspektiven deutsch-polnischer Nachbarschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armija Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg*, hrsg. v. B. Chiari, J. Kochanowski, München 2003, S. 91-105; *Deutschland und Polen in schweren Zeiten 1933-1990. Niemcy i Polska w trudnych*

latach 1933-1990 (zweisprachig), hrsg. zusammen mit A. Stempin, Poznań-Freiburg im Breisgau 2004; *The Warsaw Uprising 1944 and its Impact on Postwar Polish-German relations*. St. Anthony's College, Oxford, Website 2007; *Der Warschauer Aufstand in der nationalsozialistischen Propaganda. Sammelwerk zum Warschauer Aufstand*, hrsg. vom Museum des Warschauer Aufstandes, Warszawa 2009.

Weitere an der Universität Freiburg entstandene Arbeiten zum Thema: A. Kotowski, *Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit*, Wiesbaden 1998; M. Alberti, *Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939-1945*, Wiesbaden 2006; R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter: Erich-Koch – eine politische Biographie*, Osnabrück 2007.